

Für die Wahlbewegung ideologisch gerüstet

Die Wahlbewegung begann auch in der Stadt Erfurt mit der großen Aussprache über die Entwürfe der neuen Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe. Für die Parteiorganisation beim Rat der Stadt ergaben sich daraus wichtige Aufgaben. Die ganze Aufmerksamkeit wurde auf die Erhöhung der Aktivität der Genossen in der Grundorganisation gerichtet. Mit energischen Auseinandersetzungen über ideologische Unklarheiten, über Mängel und Schwächen in der Arbeit der Genossen in den einzelnen Fachorganen beim Rat der Stadt organisierten wir den Kampf um die konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei in der staatlichen Arbeit. Damit begannen wir, unsere Genossen und parteilosen Mitarbeiter ideologisch für die Wahlbewegung auszurüsten.

Die Wahlen richtig vorzubereiten, das heißt, die Grundsätze der Programatischen Erklärung des Staatsrates und der neuen Ordnungen in der Praxis zu verwirklichen. Das ist aber nur möglich, wenn wir alle ideologischen Unklarheiten, die sich für ihre Durchführung hemmend auswirken, überwinden. Die Parteiorganisation beim Rat der Stadt Erfurt begann die offene ideologische Auseinandersetzung über das Wesen der Staatsratserklärung und der neuen Ordnungen in einer Mitgliederversammlung, die wir Anfang Juni durchführten. Das war notwendig, denn trotz Studium und Seminaren gab es in der Anwendung der Prinzipien der Staatsratserklärung und der neuen Ordnungen ein gewisses Zurückbleiben in der täglichen praktischen Arbeit. Die in den Seminaren erworbenen Erkenntnisse und die tägliche Praxis befanden sich durchaus nicht immer in Übereinstimmung. Seminare zum Studium der Beschlüsse sind notwendig, können aber die ideologischen Auseinandersetzungen in der Mitgliederversammlung und in den Parteigruppen nicht ersetzen. Weil die Seminare oft einen nur formalen Charakter trugen, gab es eine ideologische Windstille, gab es

keinen prinzipiellen Kampf zur Durchsetzung der Grundsätze der Staatsratserklärung.

In der Parteiversammlung wurde offen zu den vorhandenen Mängeln und ihren ideologischen Ursachen gesprochen. Es war nötig, verschiedene Genossen wegen ihrer bürokratischen, formalen Arbeitsweise, zum Beispiel in der Behandlung der Eingaben unserer Bürger, zu kritisieren. Diese Genossen hatten die Grundlinie unserer Politik und die Forderung unserer Partei an die im Staatsapparat tätigen Genossen, wirklich sozialistische Beziehungen zwischen unseren Staatsorganen und Bevölkerung, zwischen Staatsmacht und Volk, herzustellen, noch nicht richtig verstanden. Die Parteileitung hilft jetzt den Genossen und parteilosen Mitarbeitern, sich über die politische Bedeutung der richtigen und sorgfältigen Bearbeitung von Eingaben unserer Bürger klarzuwerden.

Eine weitere ideologische Frage, mit der wir uns beschäftigten, war die Anerkennung der Rolle der Volksvertretung und das Verhältnis der Mitarbeiter des Rates zu den Abgeordneten. Es gab bestimmte Erscheinungen der Mißachtung und Unterschätzung des gewählten Organs durch einzelne Mitarbeiter. Einige Genossen glaubten zum Beispiel, eine Festlegung der Stadtverordnetenversammlung zur Ausarbeitung eines Beschlusses ignorieren zu können, weil dieser ihrer Meinung nach nichts Neues bringe. Diese Genossen wurden sehr ernst zur Ordnung gerufen und ihnen klargemacht, daß eine solche Handlungsweise der Programatischen Erklärung des Staatsrates und dem Wesen der neuen Ordnungen und damit auch den Beschlüssen der Partei widerspricht.

Diese Auseinandersetzung über die grundlegende Bedeutung der Staatsratserklärung und der neuen Ordnungen war zugleich die beste politisch-ideologische Vorbereitung unserer Genossen auf die Wahlbewegung. Wir verstärkten die Parteierziehung, blieben aber dabei nicht stehen, sondern bemühten uns, zugleich auch die Erziehung aller übrigen Mit-